pax_zeit

3_2025

Nahost

pax christi

Internationale Katholische Friedensbewegung

dialogRÄUME

Aktion zum 2. Oktober

Häufig werden bei kontroversen Themen festgefahrene Positionen ausgetauscht, mit dem Ziel zu überzeugen. Was passiert, wenn eigene Sichtweisen nicht im Vordergrund stehen, sondern durch aktives Zuhören das Verstehen und Kennenlernen der Anderen? Eine Arbeitshilfe des Projekts „gewaltfrei wirkt“ und der Kommission Aktive Gewaltfreiheit möchte Interessierte unterstützen, dialogRÄUME vorzubereiten und durchzuführen. Vor-Ort-Workshops zum Einüben können unter *aktivegewaltfreiheit@paxchristi.de* angefragt werden.

Mehr dazu auf *paxchristi.de*

Seminarwochenende

Gewaltfrei für einen gerechten Frieden
14.–16.11.2025 in Bonn

Was es bedeutet, Friedenstüchtigkeit in den Blick zu nehmen und sich für gerechten Frieden einzusetzen, ist Inhalt des Seminars.

Mehr dazu auf *paxchristi.de*

Impressum
pax_zeit Zeitschrift der deutschen pax christi-Sektion. **Herausgeber** pax christi Deutsche Sektion e. V., **Redaktion** Esther Mydla (verantw.), Claudia Dichtl, Joachim Haas-Feldmann, Georg Kesting, Odilo Metzler, Josef Roberg **Titelfoto** Frieder Fahrbach **Gesamtherstellung** Eva Begemann & Fabian Wilczek, Büro Q_& **Druck und Versand** Druckerei Hitzegrad GmbH & Co. KG, Wuppertal.
Leser:innenbriefe und mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich den Abdruck und die Kürzung von Leser:innenbriefen vor.
pax christi – Deutsche Sektion e. V., Feldstr. 4, 13355 Berlin,
Tel. 030 2007678-0, sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de
Gedruckt auf CircleOffset (100 % Altpapier, FSC- und Blauer Engel zertifiziert)
Redaktionsschluss für die Ausgabe 04_2025: 03.10.2025

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

der Titel unserer aktuellen Ausgabe ist Nahost und damit das Thema, mit dem wir uns hierzulande so schwertun – verständlicherweise und bedauerlicherweise. Verständlicherweise wegen unserer eigenen Geschichte – die den Ausgangspunkt der Tragödie und des Leids im Nahen Osten bildet. Bedauerlicherweise, da eben auch die uneingeschränkte Solidarität mit Israel in der aktuellen Situation keine Erlösung von Schuld aus der Vergangenheit bedeutet, sondern im Gegenteil neues Leid erzeugt. Die pax christi Nahost-Kommission berichtet von der diesjährigen Advocacy-Woche und ihrem Bemühen, die Realitäten des Konfliktes, vor allem die Not der Palästinenser:innen, den Vertreter:innen in Kirche und Parlament näherzubringen, um sie zu einem deutlichen Eintreten für einen humanen Umgang mit dem bestehenden Konflikt zu bewegen. Emily Holmes erzählt von ihrem Einsatz mit EAPPI im Jordantal und Martina Waiblinger fasst eine Veranstaltung mit Charlotte Wiedemann zusammen, die die blinden Flecken in der deutschen Erinnerungskultur beleuchtet und offenlegt, was das Wegschauen nicht nur für die Menschen in Palästina bedeutet, sondern auch für uns in Deutschland – für unsere Menschlichkeit, aber auch für unsere Demokratie.

Unsere Autor:innen berichten außerdem über aktuelle Entwicklungen in der Rüstungsexportpolitik. Wir bekommen einen Einblick in die Folgen drastischer Kürzungen im Bereich humanitärer Hilfe in den USA und werfen auch einen Blick nach innen und lassen den Bundesvorstand zu Wort kommen.

Eine bereichernde Lektüre wünscht Ihnen

Herzlichst Ihre
Esther Mydla

Einladung zur Delegiertenversammlung

24. bis 26. Oktober 2025 in Haus Altenberg/Odenthal

Delegierte können ihre Anmeldung bis zum 21.09.2025 an *c.dichtl@paxchristi.de* schicken.

Informationen zur Tagesordnung und zum Anmeldeformular sind zu finden auf *paxchristi.de*.

Inhalt

Schwerpunkt Nahost

4 **Gewalt im Gaza-Streifen: Die Welt verliert ihre Humanität**
pax christi-Nahostkommission

6 **Die Gewalt der Besatzung und die Angst der Kinder**
Emily Holmes

8 **Den Schmerz der Anderen begreifen**
Martina Waiblinger

Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!

10 **Rüstungsexportpolitik**
Susanne Weipert und Karl-Heinz Wiest

Kongo

12 **Friedensarbeit in Kriegszeiten**
Maria Buchwitz

USA

14 **Finanzkürzungen kosten Menschenleben**
Ellen Schmitt

Aus der Sektion

16 **Koalitionsvertrag: Stillstand, Rückschritt, fehlende Perspektive**
pax christi-Bundesvorstand

18 **pax christi-Nachrichten**

Glaube Perspektive

19 **Exodus – Wo ist ein Ausweg?**
Hedwig Fritz

Foto: Frieder Fahrbach

Foto: Frieder Fahrbach

2017 veranstaltete pax christi Augsburg eine Begegnungsreise nach Palästina und Israel. Mit einer Graffiti-Aktion unter dem Motto „Peace needs Visions“ drückte die Gruppe damals ihren Protest gegen die trennende Mauer und die mittlerweile über 50 Jahre währende Besatzung aus. Dort entstand auch das Titelfoto der aktuellen pax_zeit. Warum aber greifen wir auf ein acht Jahre altes Foto aus unserem Archiv zurück? Dass Frieden ganz dringend Visionen braucht ist aktueller denn je und so widmen wir auch unseren Schwerpunkt in diesem Heft dem Thema Nahost.

Gewalt im Gaza-Streifen: Die Welt verliert ihre Humanität

pax christi-Nahostkommission

Advocacy-Woche in Berlin

„Die Palästinenserinnen und Palästinenser sind dabei, ihre Würde zu verlieren, Deutschland seine Glaubwürdigkeit, die Welt ihre Humanität“ – so umreißt eine Teilnehmerin der Advocacy-Woche von pax christi die Folgen der Untätigkeit der Staatengemeinschaft angesichts des gegenwärtigen israelischen Regierungshandelns.

Die Gewalt im Gazastreifen nimmt kein Ende. Die Menschen erfahren unvorstellbares Leid. Der Tod ist zum Alltag geworden, inzwischen über 60.000 Tote, mehrere 10.000 Schwerverletzte und Waisen, durch israelische Waffen, durch Verhungern und fehlende Medikamente, da Israel nicht genügend humanitäre Hilfe in den Gaza-Streifen lässt, durch das Töten der Menschen, die nach Nahrungsmitteln anstehen. UNICEF warnt, dass alle 335.000 Kinder unter fünf Jahren in Gaza vom Tod durch akute Unterernährung bedroht sind. Im Westjordanland und in Ost-Jerusalem sind die Palästinenser:innen täglich gewalttätigen – oft tödlichen – Angriffen und der Vertreibung durch israelische Armee und Siedler ausgesetzt.

Wie das Leid beenden?

In der Woche vom 22. bis zum 27. Juni 2025 hat die Nahost-Kommission, zusammen mit der palästinensischen Partnerorganisation Damour Advocacy Team und der israelischen Policy Working Group, Termine in Bundeskanzleramt, Auswärtigen Amt, Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, mit Abgeordneten der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke sowie mit Vertreter:innen aus katholischen Verbänden und der Zivilgesellschaft wahrgenommen.

Dort forderten wir als trilaterale Gruppe unverzüglich konkrete Schritte, um das unermessliche Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung zu beenden, besonders:

- Den sofortigen Zugang zu allen Teilen des Gaza-Streifens für umfassende humanitäre Hilfe – verbunden mit einem Waffenstillstand und der Freilassung der Geiseln im Rahmen eines Gefangenenaustauschs.
- Das sofortige Ende der Vertreibung, Tötung und Terrorisierung der Palästinenser:innen im Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem.
- Das UN-Hilfswerk UNRWA muss den palästinensischen Flüchtlingen, insbesondere im Gaza-Streifen, wieder Hilfe und Schutz gewähren können. Mit der Einstellung der Feindseligkeiten muss sich die israelische Armee aus dem gesamten Gaza-Streifen zurückziehen, die Hamas sich bereit erklären, ihre Waffen niederzulegen und die Regierungsgewalt an eine von der palästinensischen Autonomiebehörde autorisierte Übergangsverwaltung zu übergeben.

Sicherheit der Palästinenser:innen

Die Bedeutung Deutschlands, auf die israelische Regierung zur Umsetzung dieser sofort lebensnotwendigen Schritte Einfluss zu nehmen, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, erklärten unsere Kooperationspartner:innen immer wieder, ist Deutschland nach den USA doch der wichtigste Wirtschaftspartner Israels. Gerade auf Grund der deutschen Geschichte darf die „Staatsraison“ für die Sicherheit Israels nicht dazu führen, jedwede Handlung der israelischen Regierung hinzunehmen, sondern muss die Sicherheit auch der palästinensischen Menschen in den Blick nehmen sowie den menschen- und völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands Rechnung tragen. Für den „Tag danach“ muss auf der Grundlage der arabischen Friedensinitiative unverzüglich ein diplomatischer Plan entwickelt werden, der konkrete

Foto: pax christi-Nahostkommission

Die Nahostkommission mit israelischen und palästinensischen Partner:innen: Susie Becher, Tahani Abu Daqqa, Ilan Baruch und Ashraf Al Ajrami (2.–5. v.r.)

Schritte für die Umsetzung eines israelisch-palästinensischen Friedensabkommens auf der Grundlage zweier souveräner Staaten verbindlich festlegt.

Die sofortige, konditionslose Anerkennung des Staates Palästina in den Grenzen der Waffenstillstandslinie von 1967 (grüne Linie), mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt soll es beiden Seiten ermöglichen, mit gleichem internationalem Ansehen in die Verhandlungen zu gehen. Die jüngste Zustimmung des israelischen Kabinetts zu einem Landregistrierungsverfahren im Westjordanland zielt auf eine De-facto-Annexion ab. Die EU muss mit einem vollständigen Handelsverbot mit Siedlungen reagieren. Deutschland sollte EU-Maßnahmen unterstützen, die sich an dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Rechtswidrigkeit der Besatzung orientieren und diese zumindest nicht blockieren.

Mehrheit lehnt militärisches Vorgehen ab

Bei unseren Gesprächen im politischen Berlin hat sich gezeigt, dass auch die neue Bundesregierung lediglich auf den Dialog mit der israelischen Regierung setzt. Staatsraison, Völkerrecht und Menschenrechte bezeichnet sie inzwischen zwar als gleichrangig. Ihre Taten lassen dies aber bezweifeln. Um „Gesprächskanäle" mit der israelischen Regierung nicht zu gefährden, werden konkrete Maßnahmen wie die Einstellung der Waffenhilfe, ein Einfrieren oder teilweises Aussetzen des Assoziierungsabkommens EU-Israel oder die Anerkennung eines palästinensischen Staates gegenwärtig ausgeschlossen oder als schwer für Deutschland umzusetzen bezeichnet. Dabei wird ignoriert, dass aus der israelischen Regierung heraus die Vertreibung der Bewohner:innen des Gaza-Streifens in Drittländer und die totale Zerstörung des Küstenstreifens propagiert wird. Deutlich wird auch, dass US-Präsident Trump das Kriegsverbrechen der Vertreibung salonfähig gemacht hat, als er Anfang Februar 2025 seine Vision einer „Riviera des Nahen Ostens" für den Gaza-Streifen präsentierte, in der die lokale Bevölkerung „umgesiedelt" werden soll. Eine immer größer werdende Mehrheit der Deutschen – am 22. Mai 2025 waren es laut ZDF-Politbarometer 80 Prozent – lehnt das militärische Vorgehen Israels im Gazastreifen ab. Diese Meinung der Bevölkerung stößt auf keine wirksamen sofortigen Maßnahmen seitens der Bundesregierung. Ermutigend war für uns, dass wir bei meist jüngeren Abgeordneten aus demokratischen Fraktionen auf Unterstützung unseres Anliegens gestoßen sind.

Die pax christi-Bewegung rufen wir dazu auf, sich die genannten Forderungen durch Beteiligung an Mahnwachen und Demonstrationen sowie ein schnelles und energisches Ansprechen der Bundestagsabgeordneten vor Ort zu eigen zu machen.

Die Gewalt der Besatzung und die Angst der Kinder

Emily Holmes

Als ökumenische Menschrechtsbegleiterin im Westjordanland

Al Farisiye ist eine Beduinengemeinde im Jordantal, etwa eine Stunde nördlich von Jericho. Es ist Januar und zwei Ecumenical Accompanier (EAs) üben dort gerade mit Kindern Englisch, als die Stimmung kippt: Hammad*, ein fünffacher Vater, war überraschend verstorben. Die Nachricht erreichte mich, während ich mit zwei anderen EAs in der deutschen Vertretung in Ramallah von unserer Arbeit berichtete. Was war geschehen? Wie konnte der Mann, mit dem wir noch vor wenigen Tagen Tee getrunken hatten, plötzlich nicht mehr leben?

Seit vielen Jahren besuchen EAs diese Gemeinde. 2010 wurde das Dorf von der israelischen Armee vollständig zerstört und seither wieder aufgebaut – allerdings ohne die Baugenehmigungen, die Palästinenser:innen in den vollständig von Israel kontrollierten C-Gebieten des Westjordanlands kaum erhalten. So befindet sich das Dorf in ständiger Gefahr, erneut abgerissen zu werden. Teilnehmende des Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel (EAPPI) des Ökumenischen Rats der Kirchen, aus Deutschland unter anderem entsandt durch pax christi, leisten Präsenz in gefährdeten Gemeinden, Solidarität mit den unter der Besatzung leidenden Menschen und mit Palästinenser:innen und Israelis, die sich für einen gerechten Frieden engagieren. Wir dokumentieren und berichten über Rechtsverletzungen, basierend auf dem Völkerrecht.

Begrenzter Schutz

Wir hörten, wie die Bewohner:innen von radikalen israelischen Siedlern aus einem nahegelegenen Außenposten schikaniert werden. Seit dem 7. Oktober 2023 hat sich diese Gewalt massiv verschärft. Rund um das Dorf wurden israelische Flaggen gehisst, um territoriale Ansprüche zu markieren. Siedlungsansprüche, die nach internationalem und zum Teil

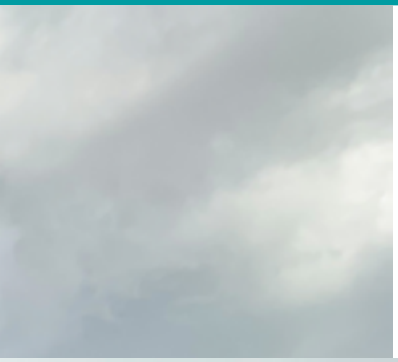


Foto: EAPPI

Das Dorf Al Farisiye. Rechts im Vordergrund ein Stuhl, auf dem Siedler oft sitzen und das Dorf beobachten.

auch israelischem Recht illegal sind, von der israelischen Regierung jedoch unterstützt und finanziert werden. Nahezu alle Dörfer im Jordantal sind von Landwirtschaft und Viehzucht geprägt. Immer wieder treiben die Siedler ihre Schafherden in das Dorf, stehlen Futter und behindern so gezielt den Erhalt der Lebensgrundlagen der Menschen. Sie verbieten den Dorfbewohner:innen den Zugang zu den Weideflächen – wer es dennoch wagt, lebt in ständiger Angst vor körperlichen Angriffen. Felder wurden mehrfach zerstört, ebenso Kameras, die Übergriffe dokumentierten.

Auch nachts dringen Siedler in das Dorf ein. Eltern berichteten uns, ihre Kinder seien so verängstigt, dass sie mit Schuhen schlafen gehen – manche nässen sich nachts ein. Als Reaktion auf diese Zustände sind inzwischen rund um die Uhr israelische Friedensaktivist:innen im Dorf präsent. Sie übernachten dort und begleiten die Menschen auf die Weiden. Doch auch sie können nur sehr begrenzt Schutz bieten. Ein älterer Aktivist aus der Nähe von Haifa erzählte uns, wie er bei der Begleitung der Menschen in einem Nachbardorf von Siedlern angegriffen und anschließend vom israelischen Militär verhaftet wurde.

Unberechenbare Wege

Zudem wird die alltägliche Bewegungsfreiheit der Menschen massiv eingeschränkt. Ihre Produkte – etwa Käse oder Gemüse – verkaufen sie auf dem Markt in Tubas. Die Checkpoints Tayasir und Al-Hamra machen den Weg dorthin unberechenbar. Bei fast jedem Besuch erleben wir, wie Checkpoints willkürlich schließen oder stundenlange Wartezeiten verursachen. „Das Gemüse ist nicht mehr frisch, wenn wir ankommen – wir bekommen weniger Geld“, sagt Fadi* aus dem Dorf. Ein Taxifahrer aus Bardala bringt es noch drastischer auf den Punkt: „Vier Menschen sind in meinem Taxi gestorben, weil wir festsaßen und sie keine rechtzeitige Hilfe bekamen.“ So wird auch die Bildung der Kinder stark beeinträchtigt. An einem Morgen gegen zehn Uhr sehen wir in Al Farisiye Kinder mit Rucksäcken durchs Dorf laufen – der Schulbus kam nicht. Der Checkpoint ist geschlossen, der Unterricht fällt aus. Enttäuschung macht sich breit. Trotzdem ist der Lernwille groß: „Mit der Gewalt, die wir erleben, hat das Leben so keine Zukunft mehr“, sagt Mahmoud* aus dem Dorf Makhoul. „Bildung ist die einzige Chance, sich eine Alternative in der Stadt aufzubauen.“

Auch Hammad befürchtete, dass Al-Farisiyes Tage gezählt sind. Bei unserem nächsten Besuch erzählt uns sein Vater, was geschehen war: Hammad war mit seinem Bruder in Tubas, um ein Stück Land zu besichtigen. Er überlegte, es zu kaufen – als mögliche Absicherung, falls die Familie eines Tages endgültig aus Al Farisiye vertrieben würde. Plötzlich brach er zusammen. Noch vor Ort starb er an den Folgen eines Herzinfarkts.

Hammad wird in keinem UN-Bericht auftauchen, keine Schlagzeile füllen. Tagtäglich treffen wir in den Dörfern des Jordantals Menschen, die von der Gewalt der Besatzung gezeichnet sind, von einem Leben unter permanentem Druck, jahrzehntelanger physischer und psychischer Belastung, ausgelöst durch systematische Entrechtung, Unsicherheit und Angst. Hammad sehnte sich, so wie alle, denen wir in unserem Einsatz begegneten, nach einem Ende der Besatzung, nach Gerechtigkeit und Frieden. Es ist an uns allen mitzuhelfen, dass diese Vision Wirklichkeit werden kann.

*Namen geändert

Emily Holmes hat von November 2024 bis Februar 2025 einen Freiwilligendienst als ökumenische Begleiterin in Palästina und Israel geleistet. Sie arbeitet in der Rechtshilfe für Menschen in Abschiebehaft.

Den Schmerz der Anderen begreifen

Martina Waiblinger

Charlotte Wiedemann über die Narrative in Israel und Palästina

Charlotte Wiedemann, Autorin des Buches „Den Schmerz der Anderen begreifen. Holocaust und Weltgedächtnis“, sprach in Tübingen über das Thema ihres Buches – bezogen auf den Palästina-Israel-Konflikt im deutschen Diskurs.

Charlotte Wiedemann möchte zu einer inklusiven Erinnerungskultur beitragen. Sie beginnt ihre Darstellung mit den zwei Narrativen, die sich aus der Gründung des Staates 1948 entwickelt haben: Für Israel ist es die siegreiche Gründung des neuen israelischen Staates, für die Palästinenser:innen der Verlust von Heimat, Kultur, Existenz, die Nakba. Ohne die Vertreibung der Palästinenser:innen wäre eine klare demografische jüdische Mehrheit im neuen Staat nicht möglich gewesen. Der UN-Teilungsplan von 1947 sah eine solche nicht vor – auch wenn er die jüdische Minderheit territorial begünstigte. Die Vertreibung wiederum verlangte Gewalt und Zerstörung. Das dabei angerichtete Leid wurde aus dem Bewusstsein verdrängt. Israel sah sich selbst allein als Opfer. Ein Drittel der Bürger:innen des neuen Staates waren ja Überlebende des Holocaust. Die Realität für die Palästinenser:innen aber war, dass der Holocaust von den Zuwanderern als Vorwand benutzt wurde, um die Aneignung von fremdem Land zu rechtfertigen.

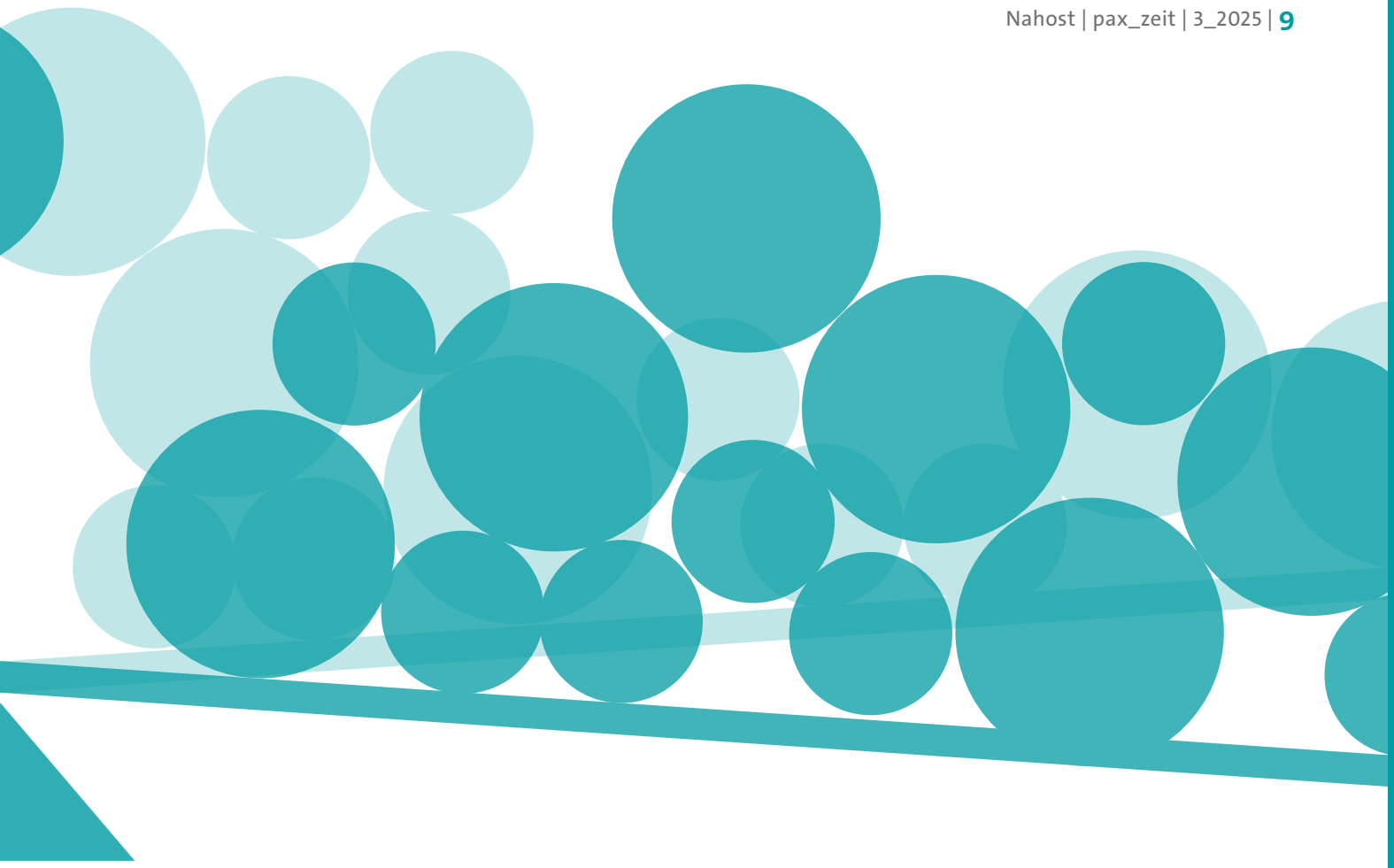
Gerechte Erinnerungskultur

Beide Narrative vernachlässigen den jeweils anderen Bestandteil der Geschichte und beide haben gemeinsam, den Schmerz der jeweiligen anderen Seite zu leugnen. Für Palästinenser:innen ist es heute besonders schwer, Empathie für Jahrzehnte zurückliegendes jüdisches Leid aufzubringen, während ihr eigenes Leid bis zur Stunde furchtbare Realität ist.

Dagegen setzt Charlotte Wiedemann auf eine Erinnerungskultur, die auf Gerechtigkeit beruht: „Mein Gegenmodell ist ein inklusives Erinnern. Die Nakba ist auch ein Teil unserer gemeinsamen Geschichte. Wir sehen die Geschichte, wie sie war und relativieren sie nicht durch Schuldverschiebung. Als Deutsche sind wir in die Vertreibung der Palästinenser:innen nicht direkt, aber indirekt verwickelt. Wir tragen daran keine direkte Schuld, aber wir tragen eine Mitverantwortung, denn Holocaust und Nakba stehen historisch in einem Zusammenhang und sind miteinander verbundene Traumata – bei aller Verschiedenheit.“ Es besteht eine Dreiecksbeziehung. Andere haben von einem tragischen oder einem spannungsgeladenen Dreieck gesprochen.

Historischer Kollateralschaden

Dabei wird das deutsche Verhältnis zu Israel mehr und mehr als ein exklusives Zweierverhältnis gesehen, als ein deutsch-jüdisches Wunder der Versöhnung. Das Leid der Palästinenser:innen hat in der deutschen Erinnerungskultur keinen Platz. Wiedemann: „Die Vertreibung der Palästinenser ist ein historischer Kollateralschaden, außerhalb unserer Zuständigkeit, außerhalb unseres Mitgefühls.“ Von den



hiesigen Palästinenser:innen wird heute verlangt, ihre eigene Geschichte vom Holocaust aus zu erzählen. Sie sollen ihr Leid als unvermeidbare Folge des größeren Leids anderer betrachten. Das kann nicht gelingen. Für manche Politiker:innen ist allein das Wort Nakba schon antisemitisch, weil es den Staat Israel delegitimiere. So stellt es auch die offizielle israelische Seite dar. Wiedemann: „Eine Anerkennung der Nakba mindert die Schrecken des Holocaust aber nicht um ein Jota“.

Für Charlotte Wiedemann geht die deutsche Schuldumkehrung inzwischen aber schon weiter. Israelische Politiker haben die Palästinenser:innen schon länger als die neuen Nazis identifiziert. Eine umgedichtete Version der Todesfuge von Celan ist hierzulande im Umlauf: Der Tod ist ein Meister aus Gaza. Die Palästinenser:innen ersetzen quasi die historischen Feinde der Jüdinnen und Juden. Und die schlimmsten Antisemiten sind jetzt die Palästinenser:innen, andere Araber und Muslime. „Eine Tauschaktion zur eigenen Entlastung“, sagt Wiedemann. „Und die autoritär zitierte Staatsräson wurde zu einer Drohgebärde einer Mehrheit gegen Minderheiten. Das ist meines Erachtens ein Missbrauch des Holocaust.“

Neue Haltung gegenüber dem Völkerrecht

Die Weigerung der deutschen Politiker:innen, das Leid der Palästinenser:innen zu begreifen, hat weitere schwerwiegende Folgen. Zum einen eine kaum vorstellbare Empathie-Verweigerung gegenüber dem Leid in Gaza: dem Tod von mehr als 50.000 Menschen, der radikalen Zerstörung des gesamten Gaza-Streifens, der Verweigerung von Lebensmitteln, Medikamenten, Wasser und Elektrizität. Dies führt zu einer Haltung, bei der israelische und palästinensische Opfer ein unterschiedliches Gewicht haben. Die andere Folge ist eine neue Haltung gegenüber dem Völkerrecht. In Deutschland steht das Völkerrecht im Grundgesetz. Im Mai 2024 wurde durch die UN eine plausible Gefahr von genozidalen Strukturen in der Kriegsführung Israels festgestellt. Dennoch wurden die Waffenverkäufe an Israel nicht eingestellt.

Für Charlotte Wiedemann ist es ein kleines hoffnungsvolles Zeichen, dass die Szene derer wächst, die „der Einschränkung der Meinungsfreiheit, der deutschen Heuchelei und Selbstgerechtigkeit widersprechen, darunter Künstler:innen, Wissenschaftler, Anwälte und Jüdinnen und Juden“. Darin sieht sie „Anzeichen für eine radikale Demokratie und eine universalistische Erinnerungskultur von unten“. Inklusives Erinnern als ethische Ressource zu begreifen, als einen demokratischen Prozess – das ist eine wichtige Botschaft von Charlotte Wiedemann, eine Auf- und Herausforderung an uns alle.

Martina Waiblinger aus Tübingen ist Mitglied der pax christi-Nahost-AG Baden-Württemberg und war bis 2024 Mitglied der Nahost-Kommission.

Rüstungsexportpolitik

Foto: pax christi

Seit 2019 arbeitet Susanne Weipert, hier im Interview 2022, engagiert für "Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!". Ende September 2025 beschließt Sie ihre Arbeit für die Kampagne – pax christi sagt "Danke!"

Susanne Weipert und Karl-Heinz Wiest

Bilanz und Ausblick

Der Koalitionsvertrag der (alten) Regierung von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP weckte Hoffnung: Ein Rüstungsexportkontrollgesetz sollte endlich kommen. Idealerweise ein Gesetz, das alle gesetzlichen und politischen Regelungen der Rüstungsexportkontrolle zusammenfasst und ein Verbandsklagerecht enthält. Letzteres sollte Exportgenehmigungen gerichtlich überprüfbar machen. Die Grünen hatten sich in der Opposition stets dafür eingesetzt. Das für Rüstungsexporte federführende Wirtschaftsministerium startete sofort ein Konsultationsverfahren zum Gesetz, an dem sich pax christi und Aktion Aufschrei beteiligten. Der fast zeitgleiche Beginn des Ukraine-Krieges und die Ausrufung der „Zeitenwende“ im Februar 2022 jedoch spielten den regierungsinternen Kritiker:innen und der Rüstungsindustrie in die Hände. Waffenlieferungen waren nun nicht mehr kritisch zu hinterfragen. Das Image der Rüstungsindustrie verbesserte sich mit jedem Tag, den der Krieg andauerte.

Ein mangelhaftes Gesetz

Aufrüstung war (und ist) das Gebot der Stunde. Deutschland sollte auf europäischer Ebene kooperationsfähig sein und nicht der Hemmschuh mit einer vermeintlich zu strengen Ausfuhrkontrolle. Tatsächlich jedoch verstoßen die europäischen Partner gegen die Vorgaben des Gemeinsamen Standpunktes der EU zu Rüstungsexporten und des Waffenhandelsvertrages (ATT) durch Rüstungsexporte an Staaten, die Völkerrecht und

„Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und pax christi blicken zurück auf die Rüstungsexportpolitik der „Ampel“-Regierung und auf die zu erwartenden Probleme unter der neuen Regierung von CDU/CSU und SPD.

Menschenrechte missachten – bspw. nach Saudi-Arabien auch während des Jemen-Krieges. Den teilweisen Exportstopp gegenüber Saudi-Arabien gab die Bundesregierung Anfang 2024 wieder auf und erlaubte den Export von Eurofightern und Lenkflugkörpern zur Bewaffnung ebendieser, obwohl der Krieg im Jemen nicht beendet war. Das Wirtschaftsministerium legte dann im Oktober 2022 einen enttäuschenden Eckpunktentwurf für das Rüstungsexportkontrollgesetz vor: kaum Verbesserungen, teilweise Verschlechterungen gegenüber dem Status quo und kein Verbandsklagerecht. Laut den Grünen wäre das der Deal gewesen: kein Verbandsklagerecht, aber dafür das Gesetz. Dann folgten zwei Jahre annähernder Stillstand. Im Sommer 2024 zeichnete sich dann ab, dass auch ein mangelhaftes Gesetz nicht mehr Realität werden sollte. Am Ende verfolgten auch die Grünen das Projekt nicht weiter, da das Ergebnis den einen zu lax und den anderen zu streng gewesen wäre.

Im Rahmen der Initiative „Open Government Partnership“, die u. a. zum Ziel hat, mehr Transparenz herzustellen, verpflichtete sich die Bundesregierung unter Kanzler Scholz zu der Einrichtung einer öffentlich einsehbaren Datenbank mit den erteilten Rüstungsexportgenehmigungen. Bis zum vorzeitigen Ende der Regierung im November 2024 wurde dies nicht umgesetzt. Für die Rüstungsexportpolitik der neuen Bundesregierung von CDU/CSU und SPD lässt der Koalitionsvertrag kaum Positives erwarten: Neben außenpolitischen und strategischen Interessen sollen Waffenexporte jetzt auch an wirtschaftlichen Interessen ausgerichtet werden. Im Außenwirtschaftsrecht soll ein „Paradigmenwechsel“ eingeläutet werden. Dazu soll die Exportkontrolle durch Stichproben statt durchgängiger Prüfung erleichtert werden. Gilt dies künftig auch für Rüstungsexporte, könnte das das Ende der (seit Jahrzehnten beschworenen) Einzelfallprüfung bedeuten. Zudem heißt es im Koalitionsvertrag, dass Rüstungsexporte nur „grundsätzlich“ – also mit möglichen Ausnahmen – abgelehnt werden, wenn mit diesen die Menschenrechte oder das Völkerrecht verletzt werden könnten. Dies stellt einen Verstoß gegen den Gemeinsamen Standpunkt der EU und den Waffenhandelsvertrag (ATT) dar, die in diesen Fällen keine Ausnahmen erlauben. Das Rüstungsexportkontrollgesetz wird nicht erwähnt.

Forderung nach Transparenz bleibt wichtig

Für die Auseinandersetzung mit der Rüstungsexportpolitik der neuen Bundesregierung ergeben sich daher folgende Schwerpunkte:

- Die Empfängerländer deutscher Rüstungsexporte und ihrer Opfer: menschenrechts- und völkerrechtsverletzende Staaten wie Ägypten, Türkei oder Saudi-Arabien sowie Israel, angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffs auf den Iran sowie der Methoden der israelischen Kriegsführung im Gaza-Streifen. Zudem müssen Opfer von Kriegen, die nicht im Zentrum unserer Wahrnehmung stehen, wie z. B. im Sudan, eine Stimme bekommen.
- Die Ausweitung von Exporterleichterungen, z.B. durch Allgemeingenehmigungen (anstelle von Einzelfallprüfungen). Bereits unter der „Ampel“-Regierung wurde dieses Instrument sukzessive ausgeweitet.
- Die zunehmende Bedeutung der europäischen Rüstungskooperation und damit einhergehender Exporte. Angesichts einer zum Ziel erklärten „wettbewerbsfähigen europäischen Rüstungsindustrie“ ist zu befürchten, dass die europäischen und auch nationalen Regelungen weiter ausgehöhlt werden.

Im Zuge der zu erwartenden Entwicklungen bleibt die Forderung nach Transparenz wichtig. Die GKKE (Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung) kritisiert seit Jahren in ihren Rüstungsexportberichten, dass die Bundesregierung ihren Berichtspflichten unzureichend und mit Verspätung nachkommt. Dieses Problem wird sich verschärfen, wenn kritische Rüstungsexportentscheidungen außerhalb des Bundessicherheitsrates getroffen werden, Einzelfallprüfungen wegfallen oder die Exportkontrolle auf die europäische Ebene verlagert wird. Eine öffentlich einsehbare Datenbank über die erteilten Rüstungsexportgenehmigungen, wie sie die „Ampel-Regierung“ einrichten wollte, muss von der neuen Bundesregierung gefordert werden.

Susanne Weipert ist Koordinatorin der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und Karl-Heinz Wiest Vorsitzender der pax christi-Kommission Rüstungsexporte.

Friedensarbeit in Kriegszeiten

Maria Buchwitz

Reise nach Butembo

Nachdem die ruandische Miliz M23 im Januar dieses Jahres Goma, die Bezirksregierungsstadt der Nord-Kivu-Provinz und Bukavu eingenommen hat, ist der Krieg im Osten der DR Kongo weiter eskaliert. Wichtiger Treibstoff für den Krieg ist der Kampf um den Zugang zu den reichlich vorhandenen Seltenen Erden des Landes. Der Bedarf an diesen Rohstoffen ist weltweit enorm gestiegen durch das Ziel des emissionsneutralen Wirtschaftens und die Zunahme der Elektromobilität. Weder die kongolesische Armee noch die Polizei sind in der Lage, in dem Land, welches sechsmal so groß ist wie Deutschland, die Bevölkerung vor den über hundert verschiedenen Rebellengruppen zu schützen. Regelmäßig kommt es vorwiegend in den Dörfern nachts zu Überfällen, bei denen ganze Familien getötet werden, während die Täter unerkannt fliehen. Angesichts dessen versuchen die Menschen, wenn irgend möglich, in die Städte zu ziehen.

Ein Land im Krieg

In Butembo, der mit ca. einer Million Einwohner:innen zweitgrößten Stadt in der Provinz Nord-Kivu, ist das Leben relativ sicher, da die Stadt zurzeit von der ugandischen Armee kontrolliert wird. So war, obwohl der Flughafen in Goma gesperrt ist, für mich und Matthias Scheitacker im März 2025 eine Einreise über Uganda möglich. Matthias unterstützt seit gut einem halben Jahr unsere pax christi-Kommission Solidarität mit Zentralafrika. Er ist anglikanischer Priester, Referent für Ostafrika der Stiftung Marburger Mission, hat zehn Jahre mit seiner Familie in Uganda gelebt und ist in der Region gut vernetzt. Am Flughafen Entebbe werden wir mit einem Auto zu einer zwölfstündigen Fahrt nach Butembo abgeholt. Die teilweise durch den Virunga-Nationalpark führende Landschaft ist atemberaubend schön.

Wie sieht das Leben der Menschen aus, und wie geht Friedensarbeit konkret in diesem Land, in dem der Krieg seit 30 Jahren herrscht? Gemeinsam mit leitenden Mitgliedern der anglikanischen Kirche hat Matthias 2022 ein Programm für Gemeinden, Schulen und Bildungseinrichtungen entwickelt mit dem Ziel, Vertrauen und Einheit unter den Menschen hier zu fördern. In einer Gesellschaft, in der durch den lang andauernden Krieg die meisten Menschen traumatisiert sind und die Gewaltbereitschaft um vieles höher ist als in friedlicheren Gesellschaften, ist das eine große Herausforderung. Nachhaltiger Frieden entsteht zum einen Teil auf der politischen Ebene, zum anderen bedarf es einer Gesellschaft, in der Hass und Spaltung überwunden werden können und Vertrauen wieder möglich ist. Hier setzt das Programm an. In einem mehrtägigen Seminar mit 16 Personen sprechen wir mit den Teilnehmenden über ihre bisher gemachten Erfahrungen und

Fotos: Maria Buchwitz

Geflüchtete aus den umliegenden Dörfern von Butembo treffen sich im Versammlungsraum von I.S.PRO.N.

entwickeln das Programm weiter entsprechend der aktuellen Lage. Die eigentliche Arbeit wird von den Kongoles:innen gemacht – auch einige Frauen sind dabei – Matthias nimmt eher die Rolle des Beraters ein. Wir erfahren hier eine große Gastfreundschaft – die Menschen sind sehr dankbar für unseren Besuch.

Friedensarbeit in Butembo-Beni

Auch die Friedensarbeit der katholischen Kirche in der Diözese Butembo-Beni lernen wir kennen. Die anglikanische Kirche arbeitet gerade in der Friedensarbeit eng mit der katholischen Kirche zusammen. Father Aurelien Kambale Rukwata leitet hier die Kommission für Gerechtigkeit und Frieden (CDJP). Bei unserem Besuch nutzen wir die Gelegenheit, mit einigen Mitarbeitenden zu sprechen. Die CDJP wurde 1990 gegründet und arbeitet aktuell mit den 72 Gemeinden der Diözese Butembo-Beni zusammen in den fünf Orten Lubero, Beni, Oicha, Kirumba und Butembo. Father Aurelien führt uns durch die verschiedenen Abteilungen für Kommunikation, Monitoring, Traumabearbeitung, die Arbeit mit Geflüchteten und andere.

Anschließend haben wir die Gelegenheit, mit Geflüchteten ins Gespräch zu kommen. Allein in Butembo leben ca. 15.000 geflüchtete Familien, die meist sehr groß sind. Viele Menschen schlafen nachts in leer stehenden Gebäuden, andere leben bei Familien in der Stadt. Alle Menschen, die ich kennengelernt habe, haben bis zu zehn Personen in ihren Privathäusern aufgenommen. Tagsüber bleibt den meisten nur durch Betteln oder kleine Hilfsleistungen auf den Straßen, sich das Allernötigste zum Leben zu verdienen. Die katholische Kathedrale in Butembo ermöglicht in einem Nebengebäude über 5.000 Geflüchteten, jeden Dienstag zusammenzukommen und sich auszutauschen.

Die ökumenische Organisation I.S.PRO.N (Intégration Sociale pour la Promotion des Nécessiteux) unterstützt die Menschen dort, denen es an allem fehlt, mit äußerst begrenzten Möglichkeiten. Jeder Besuch von auswärts bedeutet für die Menschen hier sehr viel und gibt ihnen das Gefühl, nicht allein und vergessen zu sein. Wir hören ihre bewegenden Erfahrungen auf der Flucht, sind von dem allgegenwärtigen Leid ergriffen und beten gemeinsam. Hier sind die Kirchen ein Anker der Hoffnung für die Menschen in einem Staat, der mit dem Krieg überfordert ist und ihnen weder Sicherheit noch Unterstützung geben kann. Als pax christi arbeiten wir weltweit zusammen und setzen uns ein für Frieden und Gerechtigkeit für alle Menschen, auch in dieser Region.

Maria Buchwitz ist Sprecherin der pax christi-Kommission Solidarität mit Zentralafrika und ist Mitglied im Bundesvorstand von pax christi.

Finanzkürzungen kosten Menschenleben

Ellen Schmitt

Auswirkungen für die Entwicklungszusammenarbeit durch den Wegfall von US-Auslandshilfen

Dass sich die USA im Januar 2025 so schnell aus bilateralen und internationalen Verpflichtungen verabschieden, hätte kaum jemand für möglich gehalten. Die seinerzeit angekündigte Überprüfung ging mit der Reduzierung oder gar dem Stopp von US-Auslandshilfen einher, die bis heute andauern, viele Programme der humanitären Hilfe betreffen und zu katastrophalen Auswirkungen führen. Indirekt betroffen davon sind auch einige Partnerorganisationen von Misereor.

Zahlreiche lebenswichtige Programme mussten kurzfristig unterbrochen werden; Tausende von Beschäftigten in den USA und in Partnerländern im Süden haben ihre Arbeit verloren. Es gab keine Vorlaufzeit, in der sich die Länder des Südens, andere Geberstaaten öffentlicher Entwicklungsleistungen sowie verschiedene private Initiativen darauf vorbereiten konnten, um einen geplanten Übergang zu erwirken. Viele Niedrigeinkommensländer haben keine funktionierende Krankenversicherung für die arme Bevölkerung. Ungezählte Menschen mit HIV mussten ab diesem Zeitpunkt Sorge haben, dass sie die lebenswichtigen Medikamente bald nicht mehr erhalten. Auch Programme der Prävention, Diagnose und Behandlung von Tuberkulose und Malaria, der Mutter-Kind-Gesundheit und der Mädchen- und Frauengesundheit sind betroffen.

Die USA waren über Jahrzehnte führend in der gesundheitsspezifischen Entwicklungszusammenarbeit und finanzierten bilaterale und multilaterale Gesundheitsprogramme und Organisationen, deren Gründungsmitglieder sie häufig waren. Sie standen als Finanzier an erster Stelle für das Welternährungsprogramm und waren Ende 2024 der größte Geldgeber des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria. Durch die vom Globalen Fonds finanzierten Programme konnten von 2002 bis 2023 rund 65 Millionen Menschenleben gerettet werden, und die Zahl der an Aids, Tuberkulose und Malaria gestorbenen Menschen ging seit 2002 um 61 Prozent zurück. Für UNICEF waren die USA 2023 der größte Geldgeber für verschiedene humanitäre und Entwicklungs-Programme. Hochrelevant für die Organisation von Impfprogrammen in armen Ländern ist die Impfallianz GAVI, die mit mehr als 12 Prozent von den USA finanziert wird. Die Organisation UNFPA (UN-Organisation für sexuelle und reproduktive Gesundheit) wird ebenfalls nicht weiter finanziert. Last, not least: Für die Weltgesundheitsorganisation (WHO) waren die USA historisch einer der größten Geldgeber, wenn auch mit jährlichen Schwankungen, und der finanzielle Verlust macht immerhin fast ein Fünftel des WHO-Budgets aus.

Mehr als Zahlen

Seit 1990 ist die globale Sterblichkeitsrate bei Kindern unter fünf Jahren um 60 Prozent gesunken und die durchschnittliche Lebenserwartung eines Neugeborenen seit 1960 weltweit von 51 auf 71 Jahre gestiegen. Die Müttersterblichkeitsrate nahm weltweit von 2000 bis 2023 um ca. 40 Prozent ab.

Während der Corona-Pandemie kam es zu Unterbrechungen bei Routineimpfungen oder medikamentösen Behandlungen sowie zu Einschränkungen in der Schwangerschaftsvor- und Nachsorge sowie bei der Geburtshilfe. Kaum hatten sich Länder langsam davon erholt, haben die US-Kürzungen eine neue Krise hervorgerufen. Dies wird noch dadurch verstärkt, dass auch andere Geberländer wie Deutschland ihre öffentlichen Entwicklungsleistungen reduziert haben.

Auswirkungen auf Misereor-Partnerorganisationen

Es ist anzunehmen, dass Afrika am stärksten von den US-Entscheidungen betroffen sein wird. Einige Länder haben hohe Schulden, was es ihnen erschwert, die finanziellen Einschnitte zu kompensieren. Die Demokratische Republik Kongo gehört zu den Ländern mit der höchsten Unterstützung durch die USA für humanitäre Hilfe und längerfristige Entwicklungsprojekte, hat ein fragiles Gesundheitssystem und eine hohe Anzahl an Vertriebenen. Laut Aussagen eines Arztes einer Misereor-Partnerorganisation dort ist die Unterstützung durch USAID weiter unklar, und das vorgesehene Budget für 2025 wurde massiv gekürzt.

Foto: Misereor

Outreach-Aktivität zur Impfung von Babys

Aus dem Tschad berichtete eine Misereor-Partnerorganisation, dass UNICEF seit dem Stopp der US-Finanzierung Probleme hat, die für unterernährte Kinder erforderlichen Mittel bereitzustellen. Für ein über US-Gelder finanziertes Projekt zur Unterstützung von Flüchtlingen kamen nur knapp 40 Prozent der Finanzmittel und erst mit großer Verspätung an. Im Südsudan kauften Gesundheitseinrichtungen kurzfristig HIV-Schnelltests, weil die Finanzierung durch USAID dafür ausblieb.

Misereor-Gesundheitspartner sind in ihren Ländern mit staatlichen und anderen nicht-staatlichen sowie internationalen Organisationen vernetzt, um Lösungsansätze zu finden. Sie stärken die Interessenvertretung gegenüber Regierungen und machen sich für eine funktionierende Krankenversicherung stark. Letztlich birgt die Reduzierung bzw. das Aussetzen der US-Finanzierung auch Chancen für mehr Eigenständigkeit von afrikanischen Staaten durch effizientere und effektivere Nutzung lokaler Ressourcen und Einlösung staatlicher Verpflichtungen gegenüber ihren Bürger:innen. Um den enormen und komplexen Herausforderungen gewachsen zu sein, braucht es jedoch auch weiterhin externe Unterstützung.

Ellen Schmitt ist Fachreferentin bei Misereor mit dem Schwerpunkt Gesundheit.

Stillstand, Rückschritt, fehlende Perspektive

pax christi-Bundesvorstand

Warum pax christi den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung kritisch sieht

pax christi als Teil der Friedensbewegung in Deutschland blickt kritisch auf die Vereinbarungen, die die Koalitionäre ausgehandelt haben. Wir wollen nicht schweigen und unsere Kritik beispielhaft in drei Politikfeldern zum Ausdruck bringen:

Friedenspolitik

Während in den friedenspolitischen Leitlinien der Bundesregierung von 2017 noch der Vorrang der Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung definiert wurde, ist davon im neuen Koalitionsvertrag nicht mehr die Rede. Auch nicht mehr von der Finanzzusage der Entwicklungshilfequote von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Es ist stark zu befürchten, dass die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe weiter gekürzt werden. Aber gerade jetzt sind diese Mittel, die im Vergleich zu den Militärausgaben nur einen Bruchteil ausmachen, umso wichtiger, da sie eine Investition in Richtung einer sichereren Zukunft darstellen, wonach sich der Koalitionsvertrag angeblich richtet.

Auch zum Krieg Russlands gegen die Ukraine zeigt der Koalitionsvertrag außer Waffenlieferungen und Durchhalterhetorik keine Perspektive. Die Lieferung von Taurus scheint keiner Diskussion mehr würdig, sie wird schnell versprochen und zugesagt. Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI hat in einem neuen Report mitgeteilt, dass die Importe der Ukraine von Großwaffen zwischen 2020 und 2024 um das Hundertfache gestiegen sind. Statt auf Verhandlungen zu setzen und alles zu tun, den Krieg auf diplomatischem Wege zu lösen, setzt Deutschland weiter auf die Lieferung von Waffen. Dort, wo bislang zumindest gedankliche Grenzen der Lieferung gezogen wurden (Taurus), werden diese nun niedergerissen.

Die künftige Regierung will die Militarisierung von Bildung und Forschung vorantreiben, indem der „Bildungsauftrag“ von Jugendoffizieren an Schulen gestärkt und Hemmnisse bei zivil-militärischen Forschungskooperationen abgebaut werden sollen.

Rüstungsexport und Rüstungsproduktion

Eine Regelung der Rüstungsproduktion bleibt im Koalitionsvertrag vollkommen unerwähnt und wird somit gänzlich in die Hände der Rüstungsindustrie gelegt, die aus rein wirtschaftlichen Interessen agiert. Wir fordern, dass es nicht in den Händen der Privatwirtschaft liegen darf, dass durch Weiterentwicklung von Waffensystemen und Produktion von Rüstungsgütern Kriege geschürt, verlängert und Menschen getötet werden. Ferner lehnen wir ab, dass Waffensysteme in Verbindung mit künstlicher Intelligenz und Kampfdrohnen beschafft werden sollen, die nichts mehr mit dem Töten aus Notwehr zu tun haben.

Die Bekenntnisse zur Finanzierung der humanitären Hilfen und der Krisenprävention bleiben im Koalitionsvertrag ebenso allgemein und wenig konkret (s. o.). Die horrenden Rüstungsausgaben, die nun im Koalitionsvertrag bestätigt werden, sind ein Verrat an den Lebensmöglichkeiten der Ärmsten in der Welt und an der Überlebenschance unseres Planeten, da diese Gelder an vielen anderen Stellen fehlen.

Nahost-Politik

Der Bezug auf das Völkerrecht und die UN-Charta sowie auf das Menschenrecht fehlt im Koalitionsvertrag beim Thema Israel und Palästina gänzlich. Die Sicherheit Israels wird so lange nicht gewährleistet sein, wie es keine Sicherheit und Freiheit für die Palästinenser:innen gibt. Die Formulierung im Koalitionsvertrag, in der auf eine zu verhandelnde Zweistaatenlösung hingewiesen wird, ignoriert, dass seit dem Amtsantritt der rechtsgerichteten israelischen Regierung Vertreibung, Landnahme, Zerstörung der sozialen und ökonomischen Lebensgrundlagen nicht nur in Gaza, sondern auch in Ostjerusalem und in der Westbank eine Dimension erreicht hat, die die palästinensische Bevölkerung der Willkür von Armee und radikalen Siedlern aussetzt. Deutsche Nahost-Politik sollte sich dafür einsetzen, dass der Besatzung ein Ende gesetzt und Palästina als Staat anerkannt wird, gleichzeitig aber natürlich die Sicherheit Israels garantiert wird.

Wir haben unseren Blick nur auf diese drei Themenbereiche gerichtet, weil diese aus unserer Sicht friedenspolitisch von enormer Relevanz sind. Es wurde im Vorfeld der neuen Regierung bereits ein Freibrief für Militarisierung über Milliarden erteilt. Es ist zu erwarten, dass an vielen anderen Stellen gekürzt wird, vorwiegend im sozialen Bereich, und die Schere zwischen Armen und Reichen noch größer wird. Dabei ist es gerade jetzt wichtig, in Daseinsvorsorge (Bildung, Wohnen, etc.) und die Voraussetzungen für ein würdiges Leben für alle mit demokratischer Teilhabe zu investieren, um den sozialen Frieden zu sichern. Es wird sich zeigen, inwieweit die nun in die Verantwortung gehende Regierung die genannten Bereiche im Blick haben wird.

In der Erklärung des Bundesvorstandes gibt es auch Aussagen zur Rüstungsexportpolitik des Koalitionsvertrages, die bereits im vorhergehenden Beitrag ‚Rüstungsexportpolitik: Bilanz und Ausblick' auf den Seiten 10/11 zu finden sind. (Red.)

pax christi-Nachrichten

Entwicklungszusammenarbeit ausbauen statt kürzen

Am 7. Mai forderte die Kommission Solidarität mit Zentralafrika die neue Bundesregierung auf, statt die Mittel im Bundeshaushalt für Entwicklungszusammenarbeit um knapp 1 Milliarde Euro zu kürzen, diesen Bereich zu stärken und mit Klima-, Handel- und Migrationspolitik zu verzahnen.

Die Staaten im Rüstungstaumel

Am 14. Mai griff die Kommission Friedenspolitik den Bericht des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI auf, der zeige, „dass noch nie in der Geschichte so viel Geld für Rüstung ausgegeben wurde wie im vergangenen Jahr. Danach erreichten die weltweiten Militärausgaben 2024 mit 2,72 Billionen US-Dollar zum zehnten Mal in Folge einen Rekordstand.“ Die Staaten seien in einem Rüstungstaumel, der immer mehr zum Kriegsrisiko wird. Mit dem verstorbenen Papst Franziskus sieht sie „die Entwicklung auch als Symptom eines an seine globalen Grenzen stoßenden Kapitalismus, der Kriege zum Selbsterhalt braucht“.

Konzert für die unbekannten Deserteure

Am 19. Mai forderte pax christi mit Connection e. V. und anderen die Europäische Union und die Bundesregierung auf, verfolgten Kriegsdienstverweiger:innen Schutz und Asyl zu gewähren. Sprecher:innen aus Russland, Ukraine, Israel und Angola berichteten über die Verfolgung in ihren Ländern. Bei einem Konzert wurde an 200 Verfolgte erinnert.

Petition fordert Anerkennung Palästinas

Seit dem 27. Mai sammelt die Kampagne zur Anerkennung Palästinas Unterschriften auf der Plattform openPetition mit der Forderung, dass die Bundesregierung den Staat Palästina anerkennt. Statt auf Gewalt, Vertreibung und Tod zu setzen, brauche es Hoffnung und eine Zukunftsperspektive für die Menschen in Israel und Palästina.

Verzicht auf Landminen

Am 5. Juni appellierte pax christi an Polen, Estland, Lettland und Litauen zusammen mit Pax Christi International, Vertragsstaaten des Ottawa-Abkommens zum Verbot von Antipersonenminen zu bleiben und entsprechend auf diese Waffen verzichten.

„Angriff ist keine Verteidigung!“

Am 19. Juni forderte die „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ von der Bundesregierung, den völkerrechtswidrigen Angriff Israels auf Iran umgehend zu sanktionieren und alle Rüstungsexporte nach Israel sofort zu stoppen, „da sie sich sonst grundgesetzwidrig der Unterstützung eines Angriffskrieges schuldig macht.“

„Zurückweisung von Asylsuchenden unmenschlich“

Zum Weltflüchtlingstag am 20. Juni erklärte die pax christi-AG Migration die Zurückweisung von Schutzsuchenden an den deutschen Grenzen als „unmenschlich, unchristlich und rechtswidrig.“ Bundespolist:innen, die die rechtswidrige Zurückweisung von Asylsuchenden ablehnen, sollen unterstützt werden und die Kirchen für Geflüchtete Orte der Integration und des Schutzes sein.

Alle Meldungen und weitere Infos sind zu finden auf *paxchristi.de*

Exodus – Wo ist ein Ausweg?

Hedwig Fritz

Gefangen in einer „Wirtschaft, die tötet“ (Papst Franziskus), gefangen in Strukturen der Militarisierung mit Machtgewinn der Rüstungsindustrie, gefangen im Entsetzen angesichts aller Kriege und Gewalteskalationen, gefangen in Dilemmata, die uns in innere und äußere Konflikte treiben – sehnen wir uns nach einem Ausweg, nach dem Exodus.

Die Exodus-Erzählung (Ex 3–14) handelt vom Auszug aus Sklaverei und Unterdrückung in die Freiheit. Aber: Die Befreiung ist ambivalent. Befreiung von Gewalt durch Gewalt? Befreiung durch das Beschreiten neuer Wege? Wie sehen wir Befreiung heute? Für mich ist es eine Erzählung, die Mut machen kann. Mut, gegen Unrecht und Unterdrückung aufzustehen, in die Hoffnung aufzubrechen. Uns begleitend ein Hoffnungsbringer. Gott, der unsere Wege zum Guten führen kann. Zum Guten? Ja, zum Guten. Für uns Friedenssuchende ist es die Abkehr von Hass, von Vergeltung, vom Wunsch der Vernichtung der Feinde hin durch Wandlung zum Guten, zur Fähigkeit, das Gute zu sehen und zu fördern und ein neues Miteinander zu leben.

Wer die Exodus-Erzählung als historischen Bericht liest und selbst Empathie für alle Menschen, gar Feindesliebe empfindet, kann sich von den Gewalttaten Gottes abgestoßen fühlen. Gott ein Gewalttäter? Das führt manche bis zum Glaubensverlust. Andererseits könnte bei anderen ein latenter Glauben an den Mythos einer erlösenden Gewalt genährt werden. Zu Recht wurde die Befreiungstheologie, für die der Exodus ein zentraler Schlüsseltext ist, dafür kritisiert, dass sie nicht konsequent gewaltfrei ist – im Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Unterschiedliche Sichtweisen verbinden die Hoffnung und Tatkraft, die aus dem Glauben an den befreienden Gott herauswächst. Und wir wissen, dass die Bibel kein starres Gottesbild doziert, sondern von einem sich verändernden Gottesbild erzählt.

Wie können wir die Exodus-Erzählung vor dem Hintergrund des Primats der Gewaltfreiheit heute lesen? Hoffnung schenkt mir die eindeutige Aussage, dass das Unrecht keine Zukunft hat. Unverzichtbar sind mir dabei die mutigen Aussagen von Friedensstifter:innen: „Wir weigern uns, Feinde zu sein.“ und „Meinen Hass bekommt ihr nicht.“ Mit Blick auf Jesu Tod und seine Auferstehung glauben wir, dass die Liebe immer das letzte Wort hat.

Zwei neuere Deutungen unterstützen mich darin, Gottes Heilshandeln gewaltfrei zu verstehen. Zwar historisierend, aber dennoch hochaktuell wird die Exodus-Erzählung in einer Deutung zur Mahnung an uns: Das Gewicht der Waffen der Ägypter ließ die Verfolger scheitern und führte sie ins Verderben. Die Zweite deutet den Untergang der Ägypter metaphorisch: Unrechtsstrukturen müssen untergehen, um den Weg in die Freiheit zu öffnen.

Der Exodus kann uns zwar kein Patentrezept für einen Ausweg aus unseren Verstrickungen im Unrecht geben, hilft aber, die Situation auszuhalten, in der alle Wege verbaut scheinen. Die Hoffnungserzählung vom Exodus gibt Hoffnung, dass Gott den Weg bereithält, den wir bislang nicht sehen, und er uns die Kraft gibt, uns in Friedens- und Versöhnungsprojekten zu engagieren. Unser Engagement macht für uns die Verheißung des gelobten Landes schon heute erlebbar.

Hedwig Fritz ist Geistliche Beirätin im pax christi-Diözesanverband Köln.

80 Jahre nach Kriegsende

Versöhnung und Gewaltfreiheit

Am 15. Mai gedachte pax christi in Magdeburg mit einem Gedenkgottesdienst mit pax christi-Präsident Bischof Peter Kohlgraf und dem Friedensbeauftragten der Evangelischen Kirche Deutschlands, Landesbischof Friedrich Kramer, des Kriegsendes vor 80 Jahren. Die Bischöfe erinnerten an die Zerstörung von Magdeburg und Mainz 1945 und verwiesen auf die biblischen Botschaften der Gewaltfreiheit. Auf dem Podium „Erinnern für Gegenwart und Zukunft“ tauschten sich Gäste über Erfahrungen mit Versöhnungs- und Erinnerungsarbeit aus. Im aktuellen Kontext zunehmender Polarisierung und Militarisierung der Gesellschaften rückte auch das Thema der aktiven Gewaltfreiheit in den Fokus. Für den ehemaligen Generalsekretär von pax christi, Joachim Garstecki, ist Versöhnung ein „Türöffner zum Frieden mit meinem Gegner. Sie stellt die verloren gegangene Beziehung zwischen uns wieder her, ohne die wir nicht Friedensstifter sein können.“ Nicolaz Paz – Direktor des ‚Institute for Nonviolence‘ in Rom wies darauf hin, dass Versöhnungsprozesse einen eigens dafür geschaffenen Raum und einer dafür gewidmeten Zeit brauchen.

Eine Dokumentation der Veranstaltung und weitere Informationen finden Sie unter *pax christi.de*

Foto: Eugen Wehner